



Bund muss Kulturelle Bildung direkter fördern



Berlin/Essen, 16. März 2017. Der Rat für Kulturelle Bildung fordert neue Strukturen und eine wirksamere Unterstützung des Bundes, um die Kulturelle Bildung als Grundlage und Triebkraft unseres gesellschaftlichen Miteinanders weiterzuentwickeln. Das ist die zentrale Botschaft der neuen Denkschrift "Mehr als weniger als gleich viel. Zum Verhältnis von Ökonomie und Kultureller Bildung", die das unabhängige Gremium am 16. März in Berlin bei der Robert Bosch Stiftung vor rund achtzig Gästen aus Kultur, Politik, der Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren vorstellte.

Empfehlungen und Forderungen zur finanziellen und strukturellen Verbesserung der Kulturellen Bildung

Der Vorsitzende, Prof. Dr. Eckart Liebau, zu den Forderungen und Empfehlungen des Rates: "Unser wichtigstes Ziel bleibt der voraussetzungslose Zugang für alle Heranwachsenden zu guten Angeboten Kultureller Bildung. Die seit der Föderalismusreform aufgebauten Mauern bei der Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern und den Kommunen im Bereich der Kulturellen Bildung müssen endlich abgebaut werden. Eine zentrale Aussage der kommenden Bundesregierung gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode ist dringend notwendig."

Finanzierung: Kulturelle Bildung muss besser gesichert werden

In seiner vierten Denkschrift setzt sich der Rat für Kulturelle Bildung dafür ein, dass der Diskurs über den Qualitätsanspruch und die Aufgaben Kultureller Bildung präziser und damit zugleich kritischer geführt wird. Liebau weiter: "Das Verhältnis von Ökonomie und Kultureller Bildung ist völlig unzureichend beschrieben, wenn es auf die schlichte Forderung nach "Mehr Geld" reduziert wird - auch wenn mehr Geld selbstverständlich nötig ist. Vielmehr muss Kulturelle Bildung als eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe auch strukturell vom Bund gefördert werden dürfen. Denn gute Qualität und hinreichende

Quantität bei den Angeboten Kultureller Bildung können bundesweit ohne eine stärkere Beteiligung des Bundes nicht erreicht werden. Das gilt auch für die ergänzenden Angebote in der offenen Ganztagschule."

Bessere rechtliche Rahmenbedingungen auch für die Kommunen notwendig

Dabei liegt der Schrift eigens erhobenes empirisches Datenmaterial zugrunde: So zeigte die im Dezember vom Rat publizierte, in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag von der Prognos AG durchgeführte Studie "Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016", dass die Städte als grundlegende Orte der Kulturellen Bildung bessere rechtliche Rahmenbedingungen und Finanzierungsstrukturen erhalten müssen. Liebau dazu: "Der jedes Jahr wiederkehrende Kampf um jeden Euro für die Kulturelle Bildung bei den Haushaltsgesprächen in den deutschen Kommunen ist eine unbefriedigende Last für alle Beteiligten. Kulturelle Bildung darf nicht länger darunter leiden, dass sie als freiwillige Aufgabe definiert ist, die - anders als die schulische Bildung - unverkennbar vom aktuellen Steueraufkommen in den Gemeinden abhängt."

Lehrkräftemangel beheben und Unterrichtsausfall verhindern

Die Forderungen und Empfehlungen des Rates beziehen sich im Bundestagswahljahr sowie mit Blick auf Landtagswahlen 2017 auch auf den curricularen Bereich: "Was uns in besonderem Maße stört", so Liebau, "ist erstens die unzureichende Versorgung der Schulen mit Fachlehrern und zweitens der hohe, aber nicht im Einzelnen dokumentierte Unterrichtsausfall in Musik und Kunst. Hier bitten wir die Kultusministerkonferenz, sich mit Nachdruck für die Umsetzung ihrer Empfehlung zur Kulturellen Bildung einzusetzen und den Stand in den Ländern regelmäßig zu überprüfen und bekanntzugeben."

Ein neues Prekariat? Soziale und ökonomische Mindeststandards auch für das extracurriculare Personal sichern

Überdies verdichten sich die Hinweise, dass beim Ausbau der ergänzenden Angebote in den Ganztagschulen teilweise systematisch prekäre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. "Das muss unverzüglich beendet werden", so Liebau.

Insgesamt legten die Befunde der neuen Denkschrift nahe, dass eine systematische Qualitätssicherung im Bereich der Kulturellen Bildung in institutionalisierter Form dringender denn je ist. Der Rat für Kulturelle Bildung fordert Bund, Länder und Kommunen daher zu einer konzertierten Kraftanstrengung auf: Die Voraussetzungen für ein Monitoring müssen geschaffen werden, das insbesondere länderübergreifende Statistiken zur Entwicklung der Kulturellen Bildung im Fachunterricht und in den schulischen Arbeitsgemeinschaften, zum Unterrichtsausfall, zur Lehrerbildung, zur Ausbildung, Bereitstellung und Entlohnung des extracurricularen Personals in den Ganztagschulen sowie zum Verhältnis von Angebot und Nachfrage in der Kulturellen Bildung im Ganztag bereitstellt.

[Zur Online-Fassung der Denkschrift "Mehr als weniger als gleich viel"](#)

[Zur Bildergalerie der Präsentation der Denkschrift](#)

-
- [Kontakt](#)
 - [Impressum](#)

Rat für Kulturelle Bildung e.V.
Huysenallee 78-80
45128 Essen
Telefon: 0049 (0)201 - 89 94 35 - 0
Telefax: 0049 (0)201 - 89 94 35 - 20
info@rat-kulturelle-bildung.de
www.rat-kulturelle-bildung.de

Der Verein „Rat für Kulturelle Bildung e. V.“
wird von einem Stiftungsverbund getragen:

ALTANA Kulturstiftung
Bertelsmann Stiftung
Deutsche Bank Stiftung
Karl Schlecht Stiftung
PwC-Stiftung
Robert Bosch Stiftung
Stiftung Mercator